

Die Heimarbeiterin.

Organ der christlichen Heimarbeiterinnen-Bewegung.

Das Blatt erscheint monatlich.
Mitglieder erhalten es kostenlos.
Redaktionschluss am 15. jeden
Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W 85, Derflingerstr. 19a.
Fernsprecher: Amt VI, 11 881.
Sprechstunden: wöchentlich von 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm., Samstags nur bis 3 Uhr nachm.

Zu beziehen durch die Haupt-
geschäftsstelle und durch alle
Postämter.
Preis vierteljährlich 50 Pf.

Nummer 8.

Berlin, August 1910.

10. Jahrgang.

Es kann nur gut werden in der Welt durch die Guten.
Königin Luise von Preußen.
Gestorben am 19. Juli 1810.

Wir denken nicht daran, untreu zu werden!

Eine Erwiderung.

„Dürfen wir untreu werden?“ Diese Frage an der Spitze der Julinummer unserer „Heimarbeiterin“ haben viele wohl gleich mit Erstaunen gelesen. Untreu, mutlos werden jetzt, nachdem unser Gewerkverein erreicht hat, was alle für unmöglich hielten, nachdem er Tausende von Heimarbeiterinnen zusammengeführt hat, die klar und zielbewusst daran arbeiten, ihre und ihrer Berufsgenossinnen wirtschaftliche Lage zu heben? Nachdem das soziale Gewissen aller Stände gegenüber der Heimarbeiterinnennot geweckt worden ist? Nachdem endlich auch die Regierung anfängt, einzusehen, daß der Staat Pflichten gegenüber diesen Schwächsten seiner Bürger hat? Ja, vor 10 Jahren gehörte Mut dazu, dieser Organisation beizutreten! Tapfere Leute waren die Heimarbeiterinnen, die im Oktober 1900 den Gewerkverein gründeten. Tapfere Leute waren die Frauen anderer Stände, die das zarte Keislein behüteten, pflegten und schirmen wollten, damit ein Baum daraus werde, unter dessen Zweigen alle Heimarbeiterinnen Deutschlands Schutz finden könnten. Und nun, da der junge Baum blüht und grünt, sollten wir mutlos werden, weil nicht alle Blüten Früchte bringen, weil in dürrer Zeiten Blätter verwelkt zur Erde sinken? Was schadet denn das? Die Wurzeln unseres Bäumchens sind fest in die Erde eingesenkt: jedes Jahr hebt es seine Krone höher, breitet seine Zweige weiter aus. Schade, Jammerschade ist nur, daß mancher schon mit Früchten beladene Ast abbricht, weil er nicht genügend gestützt wurde: daß fröhlich aufblühende Gruppen wieder eingehen, weil die Mitarbeit der Frauen anderer Stände, unsere Mitarbeit, versagt! Bei manchem mögen es ja wirklich unüberwindliche Schwierigkeiten sein. Aber wie man unsere Arbeit aufgeben kann, weil man die Lust oder den Mut dazu verliert, das verstehe ich nicht! Jede von uns hat wohl den Stolz mitempfunden, daß wir in den Krisenjahre, soviel ich weiß, die einzige Gewerkschaft waren, deren Mitgliederbestand stieg, und nun sollte es uns mutlos machen, daß wir durch die erhöhten Beiträge Verluste haben?

Trotzdem wohl in vielen Gruppen — wie in der meinigen — der Beschluß, Wochen- und Staffeleiträge einzuführen, einstimmig gefaßt worden ist, mußten wir ja von vornherein wissen, daß manches Mitglied, das nur nicht den Mut gehabt hatte, anders zu stimmen, bei der Durchführung der Beschlüsse untreu werden, austreten würde. Die Spreu ist vom Weizen getrennt. Die Treuen, Einsichtsvollen, die geblieben sind, das sind gerade die

Mitglieder, die die Organisation braucht. Und solche finden sich in Scharen in jeder Gruppe; die Vorsitzende muß vor allem mit ihnen Fühlung nehmen, sich von ihnen tragen lassen, will ihr ja mal der Mut sinken. Rufen Sie sie auf zur Hilfe, jede einzelne für den Posten, auf dem sie am besten zu brauchen ist, vor allem aber zum Werben neuer Mitglieder. Wenn jedes unserer alten treuen Mitglieder nur redlich will, so kann bis zum Tage unseres zehnjährigen Stiftungsfestes längst jede Gruppe ihre Verluste ausgeglichen haben. Schicken Sie zum Stiftungsfest Delegierte mit dem Ehrenzeichen auf der Brust! In meiner Gruppe ist jetzt ein fröhliches Wettstreiten, (ein Mitglied hat schon acht Stempel in seinem Buch) — wir wollen die Büden wieder schließen und vorwärts kommen — Gott gebe seinen Segen dazu!

Der Mut zur Mitarbeit ist in vielen Gruppen nicht gesunken, sondern gehoben, seit die Launen, die nur dabei waren, weil eine gute Bekannte auch im Verein ist, sich entschieden entweder für oder gegen den Organisationsgedanken und die erhöhten Pflichten erklärt haben. Lesen wir doch in jeder Nummer der „Heimarbeiterin“ von neuen kühnen Plänen. Hier richtet eine Gruppe einen eigenen Arbeitsnachweis oder neue Lehrkurse ein; dort denken sie daran, eine Sekretärin anzustellen; in der dritten sammeln sie für ein Erholungsheim, und in Berlin scheint der Plan, ein Altersheim zu gründen, schon festere Gestalt anzunehmen. Wahrlich, wo auf solche großen, oft erst nach vielen Jahren erreichbaren Ziele hin gehofft, gearbeitet wird, wo vor allen Dingen Opfer gebracht werden, da ist frisches Leben, feste Treue, sieghafter Mut!

Lesen Sie nur einmal nach, was die Gruppen von sich selbst berichten. In der Juninummer schreibt Kassel: „Gut geht's uns im neuen Jahr,“ Leipzig: „Die Versammlung am 2. Mai war zahlreich besucht. Die Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und gab ihrer Freude Ausdruck über den schon sichtbaren Erfolg der eingeleiteten Hausagitation,“ Stuttgart: „Mit Freuden können wir berichten, daß unsere Werbearbeit in den Vororten gute Fortschritte macht. Wohnraum wird demnächst feierlich zur selbständigen Ortsgruppe erhoben werden, in Cannstadt fanden in den letzten Wochen zwei Versammlungen statt, welche zur Gründung einer Zahlstelle führten,“ und Riga: „Dorf schließt seinen Jahresbericht mit den Worten: „Unsere Gruppe zählt heute 138 Mitglieder, und das große Interesse für die Werbearbeit, die in der letzten Versammlung Gegenstand der Besprechung war, läßt uns hoffen, daß sich alle eifrig Mühe geben werden, unserer Sache auch in Zukunft viele neue Mitglieder zuzuführen.“ In der Julinummer meldet Königsberg „viel Erfreuliches, das die letzten Monate der Gruppe gebracht haben“, und München „ausschlaggebende Fortschritte im Gewerkschaftsleben und den Abschluß eines Tarifvertrages in der Konfektionschneidererei“. Was schadet diesen Stimmen gegenüber, daß die Konfektionäre klagen, daß auch die Heimarbeiterinnen nicht mehr unorganisiert sind, und sich nicht mehr widerstandslos ausbeuten lassen. Was schadet's, daß

die Sozialdemokraten scharf gegen uns vorgehen? Wohl in keiner Gruppe fehlen jetzt die Mitglieber, die sich weinend abmelden, weil der „rot“ organisierte Mann seiner Frau das Bleiben im Verein nicht erlaubt. Nur so lange wir klein und unbedeutend waren, hatten wir keine Feinde. Auch für uns gilt es: „Viel Feind, viel Ehr.“ Unsere Sache ist groß und gut, ist wert, daß man sich ganz für sie einsetzt!

Aber es ist für einen Gruppenposten ja nicht einmal nötig, daß jemand seine ganze Zeit hingibt. Dazu werden nur wenige in der Lage sein. Was allein nötig ist, das ist, das eine jede von uns, die für die Heimarbeiterrinnenfrage auf irgendeinem Posten mitarbeitet, sei es in Versammlungen oder beim Schreiben von Protokollen und Berichten oder beim Besuchen von Mitgliedern, Arbeitgebern und Behörden, kurz bei allem, was sie tut, durchdrungen ist von der Größe unserer Aufgabe, erfüllt von dem Wunsche, unseren Schwestern zu helfen, bis das Ziel erreicht ist.

Das macht unsere Hauptvorsitzende so unwiderstehlich, dadurch zwingt sie die Menschen zuerst oft fast widerwillig zur Mitarbeit an der Sache, für die sie ihr Leben einsetzt, daß sie nie an ihr zweifelt und sich nicht nutzlos machen läßt. Lassen Sie sie ein Echo finden bei uns, rufen wir alle, ordentliche wie außerordentliche Mitglieder, ihr zu: „Wir denken nicht daran, untreu zu werden! Wir wollen helfen, die Wunde, die das vorige Jahr dem Verein geschlagen hat, zu schließen: wir sehen und fallen alle mit unserer Sache.“

Nein — wir fallen nicht, wir siegen! „Es siegt immer und notwendig die Begeisterung über den, der nicht begeistert ist. Nicht die Gewalt der Armee, noch die Tüchtigkeit der Waffen, sondern die Kraft des Gemüts ist es, welche Siege erkämpft,“ sagt Nietzsche. Gott schenke uns allen die Begeisterung, die den Sieg erkämpft!

Eine Gruppenvorsitzende.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bringt in seiner Nummer vom 27. Juni den Bericht über die Tätigkeit des Gesamtverbandes im Jahre 1909. Obgleich der Jahresanfang noch mit dem tiefsten Stande der 1907 begonnenen Depressionsperiode zusammenfiel und erst im letzten Jahresdrittel das deutsche Wirtschaftsleben eine zwar langsame aber feste Festigung erfuhr, verfügten die christlichen Gewerkschaften am Ende des Jahres 1909 über annähernd die gleiche Mitgliederzahl wie bei Beginn der Krise Ende 1907; auch vermochten sie in den beiden Jahren daniederliegender Konjunktur ihre Einnahmen noch um mehrere hunderttausend Mark zu steigern. So haben sie die schwerste Prüfungszeit einer gewerkschaftlichen Organisation, die wirtschaftliche Krisis, gut überstanden und geben dadurch den schlagenden Beweis von der Festigkeit ihres Gefüges und der inneren Notwendigkeit ihres Daseins. In den Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur traten in der Berichtszeit noch ungünstige durch die politischen Kämpfe um die Reichsfinanzreform hervorgerufene Verhältnisse hinzu. Die christlichen Gewerkschaften stehen grundsätzlich auf dem Boden politischer Neutralität. Die christliche Arbeitererschaft hat es abgelehnt, die Bildung einer eigenen Arbeiterpartei anzustreben und hat ihre Vertreter in verschiedenen bürgerlichen Parteien. Dieser Umstand bringt es mit sich, daß die christlichen Gewerkschaftler, die zugleich Abgeordnete sind, abgesehen von den für die Arbeiterbewegung grundsätzlichen Fragen, nicht immer in den politischen Situationen ihre eigenen Wege gehen können, sondern der Parteidisziplin Opfer bringen und den Gesamtinteressen der Gesellschaft dienen müssen. Und abgesehen davon, daß der Versuch der Bildung einer eigenen Partei einseitiger Interessenvertretung neben der sozialdemokratischen wenig Aussicht auf Erfolg hätte, würde diese politische Tätigkeit die christliche Arbeiterbewegung von dem ablenken, was am notwendigsten ist: „Konzentration der Kräfte zu energischer gewerkschaftlicher Arbeit und zur Sammlung größerer Massen“. Daneben gilt es einen „sozialen Umbenutzungsprozess“ herbeizuführen durch eben diese Massenbewegung, und intensive Erziehungs- und Bildungsarbeit unter der christlichen Arbeitererschaft zu leisten. Die christlichen Gewerkschaften lehnen den einseitigen Interessentendpunkt der Sozialdemokratie ab, tragen Rechnung den komplizierten und verwickelten Zusammenhängen

in Staat und Volkswirtschaft und konzentrieren ihre Kraft auf Bessergestaltung der Arbeitsbedingungen „ohne dabei zum Verräter an ihren religiösen und nationalen Idealen zu werden, für die der christlich denkende Arbeiter nicht minder große Opfer zu bringen bereit ist, wie für die Verbesserung seiner sozialen und wirtschaftlichen Lage“.

Der Bericht stellt mit Freude fest, daß unter den Verbänden der Staatsangestellten und -arbeiter sich allmählich eine Klärung durchsetzt. Verschiedene dieser Organisationen, die ehemals hauptsächlich Geselligkeitsvereine waren, glitten schließlich in die Hände von Privatinteressenten; an Stelle großzügiger, selbstloser Organisationsarbeit entstand ein unfruchtbares Unzufriedenheit über die bestehenden Zustände war auch der Grund, daß weite Mitgliederkreise aus ihren bisherigen Organisationen austraten und zu Neugründungen schritten. So entstanden für das Gebiet der preussisch-hessischen Staatsbahngemeinschaft und für Württemberg neue Verbände von Staatsangestellten und -arbeitern, die sich den christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Außer diesen Verbänden von Staatsangestellten ist im Berichtsjahr der Reichsverband deutscher Stellenerfasser dem Gesamtverband beigetreten.

Was nun die Mitgliederverhältnisse anbetrifft, so zählten die christlichen Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1909 270 751 Mitglieder gegen 264 519 im vorausgegangenen Jahre, was eine Zunahme von 6232 = 2,3% bedeutet. Bis zum Schlusse des Jahres stieg aber die Mitgliederzahl auf 280 061 gegen 260 767 um dieselbe Zeit des Vorjahres, so daß in Wirklichkeit die Mitgliederzunahme der christlichen Gewerkschaften in 1909: 19 294 = 7,3% betrug. Infolge günstigerer wirtschaftlicher Konjunktur hält diese Mitgliederzunahme an und kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß im ersten Halbjahr 1910 die christlichen Gewerkschaften ihren Mitgliederstand wieder um 20 000 vermehrten, so daß gegenwärtig die Zahl von 300 000 Mitgliedern erreicht, wenn nicht überschritten ist. Mit Stolz und Freude erfüllt es uns, daß unter den Verbänden, die einen Mitgliederzuwachs erfuhr, die Heimarbeiterrinnen sind. Unser Verband hat eine Zunahme von 714 Mitgliedern im Mittel des Jahres 1909 zu verzeichnen. Unser Bruderverband der Schneider dagegen hat leider einen Mitgliederabgang von 395 erlitten. Zum ersten Male fehlen im Jahresbericht die Mitteilungen derjenigen Verbände, die, außerhalb des Gesamtverbandes stehend, sich doch als christliche Berufsorganisationen bezeichneten und alljährig über ihre Mitgliederzahl und Kassenverhältnisse an das Generalsekretariat des Gesamtverbandes berichteten. Die Gründe für die diesjährige Unterlassung dieser Berichterstattung sind verschiedene. Wie schon gesagt, hat sich der neu entstandene Verband aus den Reihen der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter seitdem an den Gesamtverband angeschlossen, der „Verein zur gegenseitigen Hilfe“ in Oberschlesien hat sich mit der polnischen Berufsvereinigung, die aber bisher nicht imstande war, die oberschlesische Arbeitererschaft in sozialer wie rechtlicher Hinsicht zu heben, verschmolzen. Nicht weniger schwer hat der „Verband badischer Eisenbahner“ durch seine Einzelstellung zu leiden. Nur der Anschluß an machtvolle Gesamtverbände kann den einzelnen Organisationen Lebenskraft und Weiterentwicklung sichern. Es ist darum zu hoffen, daß der „Verband des bairischen Post- und Telegraphenpersonals“, der sich bisher gut gehalten und entwickelt hat, demnächst den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften vollziehen wird.

Die jetzt beendete wirtschaftliche Niedergangsperiode hat erfreulicherweise die Kassenverhältnisse nicht ungünstig zu beeinflussen vermocht. Während die Fisch-Dunderschen Gewerbevereine und die freien Gewerkschaften infolge der Krisis finanzielle Einbuße erlitten, haben die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren eine feste Steigerung ihrer Einnahmen gehabt. Die Einnahmen stiegen in 1909 gegenüber dem Vorjahre von 4 394 745 M auf 4 612 920 M, die Ausgaben von 3 556 224 M auf 3 843 504 M, während sich der Kassenbestand von 4 513 409 M auf 5 365 338 M oder um 851 929 M erhöhte. Während noch bis 1905 es bei den christlichen Gewerkschaften mit den Vermögensverhältnissen nicht sehr gut bestellt war, haben sie in den letzten Jahren jährlich rund eine Million Mark zurückgelegt und haben nunmehr durch ihren Vermögensbestand gegen unvorhergesehene Neberrassungen, ganz gleich von welcher Seite diese kommen mögen, einen widerstandsfähigen Schutzwall aufgerichtet. Auf die Verteilung der Einnahmen und Ausgaben einzelner Posten einzugehen, würde hier zu weit führen. Erwähnt soll nur werden, daß in den Aufwendungen für Streitunterstützungen gegenüber anderen

Unterstützungsarten eine wesentliche Verschiebung stattgefunden hat. Während 1906 noch 853 435 M für Streikunterstützung und 510 670 M für sonstige Unterstützungen verausgabt wurden, betragen 1909 die Ausgaben an sonstigen Unterstützungen 1 214 450 M, wohingegen die Aufwendungen für Streik- und Aussperrungsunterstützung nur den Betrag von 489 023 M erforderten. Der Kassenbericht stellt noch fest, daß mittlerweile die meisten Verbände das Staffelbeitragsystem eingeführt haben, daß rund 7500 Mitglieder heute einen wöchentlichen Beitrag von 90 Pf. bezahlen, 60 000 Mitglieder einen solchen zwischen 60 bis 90 Pf. 50 Pf. zahlen ca. 35 000 und 40 Pf. wöchentlich nahezu 110 000 Mitglieder.

Wenn auch die wirtschaftlichen Schwankungen, denen das Jahr 1909 ausgesetzt war, auf die Tätigkeit der Gewerkschaften hinsichtlich Besserstellung ihrer Mitglieder hemmend wirken mußten, so gelang es doch, nicht nur verschiedene, den Arbeitern zugebachtete Verschlechterungen abzuwenden, sondern auch eine Anzahl Verbesserungen durchzusetzen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet endigte eine allgemein proklamierte, aber nur teilweise durchgeführte Aussperrung seitens der im Baugewerbe organisierten holzgewerblichen Arbeitgeber nicht allein mit Zurücknahme der projektierten Lohnherabsetzung, sondern die Arbeiter erlangten noch außerdem Stundenlohn erhöhungen von 5—7 Pf. und wöchentliche Arbeitsverkürzungen von 2—4 Stunden. Auch die schwierigen Verhandlungen infolge Zusammenfassung der bisherigen Bezirksstarke zu einem Reichstarif im Malergewerbe brachten günstige Ergebnisse für die Arbeiter. Das gleiche gilt für die Erneuerung des Tarifes im Schneidergewerbe. Die Zahl der Lohnbewegungen, durch die sich die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre haben hindurchkämpfen müssen, ist mit 706 gegenüber dem Vorjahre (683) etwas gestiegen. Dagegen ging die Zahl der daran beteiligten Personen um nicht weniger als 16 292 oder rund 38 % zurück. Auch im Baugewerbe herrschte eine verhältnismäßig ruhige Situation. Die soeben beendete große Aussperrung entfällt ja auf das Jahr 1910. Von den Lohnbewegungen fanden 471 oder 67 % einen friedlichen Abschluß. Von den unfriedlich verlaufenen waren Angriffstreiks 112 gegen 82 im Jahre 1908, Abwehrstreiks 74 (81), Aussperrungen 49 (28). Was die Ursachen der Streiks und Aussperrungen betrifft, so galten sie Forderungen höheren Lohnes und verkürzter Arbeitszeit, oder beiden zugleich, teilweise auch der Abwehr von Verschlechterungen. Von den Angriffstreiks waren erfolgreich 48, teilweise erfolgreich 32 und erfolglos 30. Von den Abwehrstreiks erfolgreich 25, teilweise erfolgreich 22 und erfolglos 27; von den Aussperrungen erfolgreich 18, teilweise erfolgreich 25, erfolglos 5. Im ganzen ergibt sich eine günstigere Situation für die Arbeiter gegenüber dem Vorjahre. In 233 Fällen waren die christlichen Gewerkschaften die alleinigen Träger der Bewegung, während sie in 399 Fällen mit anderen Organisationen zusammenschlossen, — in 327 Fällen aber die Mehrheit der Beteiligten stellten. Tarifliche Neuabschlüsse waren 188 zu verzeichnen. Insgesamt waren die christlichen Gewerkschaften an 785 Tarifverträgen beteiligt, welche Zahl die des Vorjahres um 124 übersteigt. Ein erfreuliches Zeichen fortschreitender Entwicklung auf dem Wege friedlicher Beilegung von Streitigkeiten, die hoffentlich mehr und mehr in der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zum Siege dieses Gedankens führen wird.

Der Bericht erwähnt noch verschiedene Fälle erzielter Erfolge für die Arbeiter, u. a. die Angabe des Verbandes der Nahrungsmittelindustriearbeiter, der für 176 Mitglieder die Einkürzung von Ferien, in der Dauer von zwei Tagen bis zu einer Woche, erwirkte.

Im Abschnitt „Aus der Organisationspraxis“ finden sich Einzelheiten über Bedauerliche, die Versammlungsfreiheit der christlichen Gewerkschaften beeinträchtigende Auslegungen des Vereinsgesetzes zumal in Oberschlesien; ferner über allzu hartes Vorgehen der Unternehmer in einzelnen Industrien. Gewisse scharfmacherische Kreise sind wieder schlecht auf die christlichen Gewerkschaften, insbesondere auf den Gewerbeverein der Bergarbeiter, zu sprechen und zwar, weil dieser in den zwei wichtigen Fragen der Sicherheitsmänner im preussischen Bergbau und gelegentlich der Errichtung der Zwangsarbeitsnachweise im Ruhrgebiet einen großen Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung ausgeübt hat, die nicht ganz nach den Wünschen des Arbeiterverbandes ausfielen. Der Verband christlicher Tabakarbeiter hat sein möglichstes getan, um die dem Tabalgewerbe drohende steuerliche Mehrbelastung abzuwehren, und auf seine Bemühungen ist es mit zurückzuführen, daß der Tabak nur mit etwa der Hälfte der Steuersumme herangezogen wurde, die vorgesehen war. Seine intensiven Arbeit ist es auch gelungen, im Reichstag eine Mehrheit zusammenzubringen, die für Ausweisung einer größeren Summe zur Unterstützung arbeitslos geordneter

Tabakarbeiter stimmte. Der Bayerische Eisenbahnerverband hat sich gegen die ungerechtesten und gradezu gewissenlosen Angriffe der sozialdemokratischen Konkurrenzorganisation verteidigen müssen, und zwar, weil die christlichen Abgeordneten den auf neue Lohnaufbesserungen der Staatsarbeiter hinstellenden Agitationsanträgen ihre Unterstützung versagten. In den letzten Jahren sind nämlich für die bayerischen Staatsangestellten und -arbeiter bedeutende Erfolge erzielt worden, und neue Forderungen waren zurzeit unangebracht wegen der großen Schwierigkeiten in der Bilanzierung des bayerischen Staatshaushaltes, die eine bedeutende Steuererhöhung so schon notwendig machte. — Der Rechtschutz soll innerhalb der christlichen Gewerkschaften eine statistische Erfassung erfahren. Der „Gewerbeverein der Bergarbeiter“ hat dem schon vorgearbeitet, indem seine Beamten in den einzelnen Bezirksbüros systematische Aufzeichnungen über die Ergebnisse und Erfahrungen ihrer Rechtschutztätigkeit machten. In 1909 hat sich hier die Zahl der Rechtschutzsuchenden auf 32 503 beziffert, für die ein nachweisbarer Vortritt von 231 070 M erstritten wurde. In den handwerksmäßigen Berufen (Tischler, Maler, Schuhmacher, Schneider) wird der beruflichen und gewerblichen Fortbildung durch Lehrkurse u. a. eine gesteigerte Aufmerksamkeit zugewendet, aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß berufliche Tüchtigkeit die notwendige Voraussetzung wirtschaftlicher Besserstellung ist.

Zum Schluß des Berichtes erfolgt ein Rückblick auf die erzielten Erfolge der christlichen Gewerkschaftsbewegung, für die vereinzelt Anlässe zwar schon 16 Jahre zurückliegen, als deren tatsächlicher Beginn aber erst das Jahr 1899, wo der erste Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Mainz stattfand, bezeichnet werden kann. Erst mußten einheitliche Grundzüge und Richtlinien aufgestellt werden, ehe langsam die Periode der Sammlung und organisatorischen Zusammenfassung derjenigen Gruppen, die sich vorher ziemlich ziel- und planlos in Orts- und Bezirksorganisationen sowie in allgemeinen Arbeiterkongressen zusammenschließen konnten, einsetzen konnte. Die Arbeit ist nicht vergeblich gewesen, wie dies auch anlässlich des im verflochtenen Jahr stattgehabten Kölner Kongresses allseitig von Freund und Feind anerkannt wurde. Nun gilt es, mit Nachdruck weiterarbeiten in einmütiger Abwehr gegen die von so vielen Seiten erfolgenden Angriffe, in der fest gegründeten Hoffnung auf immer weitere Verbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens: Seinen Anhängern zum Ruh, den Gegnern zum Trutz!

Ein Hauptvorstandsmitglied.

Soziale Rundschau.

Frauenforderungen zur Reichsversicherungsordnung.

Am 8. Juni veranstaltete der „Ständige Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninteressen“ eine Versammlung im Bürgeraal des Berliner Rathauses. Das Thema: „Frauenforderungen zur Reichsversicherungsordnung“ interessierte die verschiedensten Kreise und sicherte den Einberufern einen gefüllten Saal. Als erste Referentin sprach Fräulein Schmidt, Generalsekretärin des Verbandes erwerbstätiger katholischer Frauen und Mädchen, über Organisationsfragen. Gefordert wird in dem neuen Gesetzentwurf zur R.-V.-O. die Vereinheitlichung der drei Versicherungsweige. Da jedoch die Kranken- und die Unfallversicherung berufliche Scheidungen vorsehen, die bei der Invalidenversicherung wegfallen, so ergeben sich große Schwierigkeiten in der Verwaltung. Eben diese Schwierigkeiten können erreichen, daß der Versicherungszwang unsern Wünschen gemäß in allen drei Versicherungen den gleichen Personenkreis umfassen, d. h. daß Kranktenversicherungspflichtige auch zugleich invaliden- und unfallversicherungspflichtig werden. In der Begründung zur neuen R.-V.-O. wird die stärkere Beteiligung der Frauen in den Verwaltungsgängen der Versicherung als durch die Zeitverhältnisse notwendig geworden betont und gesagt, daß mit der größeren Anteilnahme der Frau am Erwerbsleben ihr auch ein größerer Einfluß in der Verwaltung der Arbeiterversicherung eingeräumt werden müsse. Demgegenüber sagt § 55: „Wählbar sind nur Männer usw.“ Dadurch wird eine Beteiligung der Frau im Verwaltungsweesen ausgeschlossen, da sie wohl wählen, nicht aber in den engeren Ausschuß gewählt werden kann. Es ist ihr also tatsächlich jeder persönliche Einfluß in der Verwaltung, Beschlußfassung usw. verwehrt. Die geplante Häufung der Beiträge in den Krankenkassen sei nicht so sehr als eine Entlastung der Arbeitnehmer, sondern in höherem Maße als eine Verminderung ihres Einkommens in der Verwaltung anzusehen und findet deshalb bei allen, dem Ständigen Ausschuß angehörenden Körperschaften Ablehnung. Den Landkrankenkassen sei unbedingt das Selbst-

Verwaltungsrecht zu gewähren. Bemängelt wurde, daß die Unfallversicherung u. a. Dienstboten ausschließt, sowie das Fehlen des Versicherungszwanges in der Invalidenversicherung für Gastwirtschafts- und Handlungsgehilfen, für das Krankenpflegepersonal und die Hausgewerbetreibenden. Im zweiten Referat sprach Fräulein Elise Lüders über Mutterschutz und Mutterschaftsversicherung. In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gab eine italienische Krauentheoretikerin den ersten Anstoß zu dieser Frage. Nachdem 1897 ein belgischer Arzt in seinen Veröffentlichungen nachgewiesen hatte, daß nächst Rußland Deutschland die höchste Sterblichkeitsziffer im Säuglingsalter aufweist (in Deutschland stirbt ein Fünftel der Geborenen im ersten Lebensjahre), zeigt die Krankenversicherung die ersten Anlässe zum Mutterschutz. Gegenüber der bisherigen Einrichtung, die nur einen eng begrenzten Kreis versicherungspflichtiger oder versicherungsberechtigter Mütter umfaßt, bietet der neue Entwurf entschiedene Vorteile. Am wertvollsten für Mutter und Kind sei eine Landesversicherung für alle Mütter. Damit ein wirksamer Schutz geleistet werden kann, soll das Wochenlohn in Höhe des vollen Tagelohnes ausbezahlt werden, dies könne um so unbedenklicher geschehen, da Simulation in diesem Falle ausgeschlossen ist. Die vorgesehene freie Gewährung von Hebammendiensten, freie Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden, sowie Stillgeld seien als obligatorische Leistungen der Klassen zu verfügen. In Deutschland ist die Zahl der Sterbefälle an Kindbettfieber noch immer verhältnismäßig hoch. Die Ursache liegt in den meist ungenügenden Wohnungen, die die Beobachtung hygienischer Vorschriften fast unmöglich machen und nur eine mangelhafte Wochenpflege zulassen. Daher sei im Interesse von tausenden in Gefahr schwebender Frauenleben die Aufnahme in Entbindungsanstalten sowie freie Hauspflege wenigstens fakultativ vorzusehen. Die bisherigen Erfahrungen in dieser Hinsicht sprechen allerdings für obbligatorische Einführung. Nach angestellten Berechnungen würde eine Erhöhung der Beiträge um $\frac{1}{17}$ — $\frac{1}{18}$ genügen, um die ausgebeuteten Leistungen den Klassen zu ermöglichen. Die Ortskrankenkasse Leipzig hat bereits auf diesem Gebiete Mehrleistungen eingeführt und erhebt einen Beitrag von $3\frac{1}{2}$ % des Lohnes. Gesetzlich gestattet sind Beiträge bis zu 6 % des Lohnes. Eine angemessene Erhöhung der Beiträge würde demnach keinen gesellschaftlichen Schwierigkeiten begegnen. Hr. Dr. Bernhard sprach zum dritten Punkte: Hinterbliebenenversicherung. In Anbetracht der Finanzlage des Reiches ist der Zeitpunkt für die Einführung der Hinterbliebenenversicherung eigentlich ungenügend. Geplant ist von der Regierung eine Verschmelzung dieser Versicherung mit der Invalidenversicherung. Durch diese Eingliederung steigert sich für die Versicherten die Ruheentlohnung und für die Versicherungsträger mindert sich das Risiko. Die Karenzzeit ist die gleiche wie bei der Invalidenversicherung. In der Begründung heißt es, daß die durch die Versicherung gewährte Unterstützung eine wertvolle Beihilfe für billige Orte sei. Daraus geht hervor, daß die einzelnen Bezüge niedrig sein werden, was um so bedauerlicher ist, als es unmöglich sein wird, daß alle Witwen mit ihren Kindern an billigen Orten wohnen können, sondern oft genug auf die teuren Industriestädte angewiesen bleiben. Die Hinterbliebenenversicherung steht an Leistungen vor: Witwenrente, Witwengeld, Waisentante und Waisenaussteuer. Die Witwenrente erhält die invalide Witwe des versicherten Ehemannes. Die Höhe der Rente wird bestimmt nach der Höhe der Rente, die der verstorbene Ehemann bezogen hat oder bezogen haben würde. Sie beträgt 40—50 % dieser Rente. In gleicher Weise steht dem invaliden Witwer einer versicherten Ehefrau dieselbe Rente zu, wenn die Frau die Hauptnährerin der Familie war. Diese Rente wie auch ein einmaliges Witwengeld in Höhe des zwölfjährigen Monatsbetrages der Witwenrente kann nur den invaliden versicherten Witwen zufallen. Waisentante werden bis zum 15. Jahre ausgezahlt. Witwen- und Waisentante zusammen dürfen nicht mehr als den 12fachen Betrag der Rente des Ehemannes ausmachen. Hr. Dr. Bernhard bemängelte in ihren weiteren Ausführungen das Fehlen der Altersrente für die Witwe, die der Ausschluß schon beim vollendeten 65. Jahre bewilligt sehen will. In richtiger Würdigung der Lage einer Witwe, die durch den Tod ihres Mannes plötzlich genötigt ist, selbstständig für den Unterhalt ihrer Familie zu sorgen und einen Beruf zu ergreifen, fordert der Ausschuß die Zahlung des Witwengeldes an jede Witwe eines versicherten Ehemannes. Ihr ist dadurch wenigstens die Möglichkeit geboten, eine lohnende Arbeit zu erlernen zu können. Des weiteren wird gefordert, daß die Witwenrente schon bei halber Erwerbsunfähigkeit gewährt werde und Waisentante bis zum 16. Jahre. Erhöhung der Waisentante und Zahlung derselben bis zum vollendeten 16. Jahre wird als das Wertvollere

anzustreben sein, demgegenüber auf die doch nicht sehr bedeutende Waisenaussteuer verzichtet werden könnte. Die Leistungen sind natürlich abhängig von der Höhe der zu Gebote stehenden Mittel. Es wird nun vorgeschlagen, statt der Erhöhung der Beiträge bis zu 46 Pf. in der V. Klasse eine stufenweise Erhöhung bis zu 54 Pf. in der höchsten Klasse vorzunehmen. Dadurch würden 90 Millionen Mark frei für die Hinterbliebenenversicherung gegenüber 39 Millionen bei dem Höchstfuß von 46 Pf. In der einsehenden Diskussion wurden besonders auch von unserm Gewerbeverein die Forderungen des Ausschusses lebhaft unterstützt; es beteiligten sich Hr. Kochsprung, Hr. Erdens und Hr. Hanusch an der Aussprache. Zum Schluß verlas Hr. Friedenthal eine Resolution im Sinne der Referate, welche einstimmig angenommen wurde. S. C.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die §§ 494—520 der RVO., die vom Hausgewerbe handeln, sind nun auch in der Kommission erstmals beraten worden. Der § 494 bestimmt: „Hausgewerbetreibende, die nicht nach § 182 (vorübergehende Beschäftigung) versicherungsfrei sind, werden ohne Rücksicht auf den Betriebsort ihrer Auftragsgeber bei der Landfrankenklasse versichert, in deren Bezirk sie ihre eigene Betriebsstätte haben. Bei der gleichen Klasse werden ihre hausgewerblich Beschäftigten versichert.“ Die Vertreter verschiedener Parteien verurteilten unsern Wunsch, die Hausgewerbetreibenden den Ortskrankenklassen zu überweisen, Gehör zu verschaffen. Sie fanden keine Mehrheit, um so weniger, als die Regierung darauf beharrt, daß die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden nur möglich sei, wenn sie eben in den Landfrankenklassen versichert würden. Wir können dieser Ansicht auch heute nicht beipflichten, bedauern es vielmehr auf tieffste, daß man den Heimarbeitenden nicht durchgreifender helfen will. Immerhin ist das enbliche Einbeziehen in die Versicherung besser als nichts, um so mehr als die Regierung erklären ließ, daß die Hausarbeiter, die schon jetzt in den Ortskrankenklassen versichert seien, in diesen Klassen bleiben sollen. Damit fällt wenigstens die Gefahr einer Verschlechterung der Versicherungsbedingungen für alle die Heimarbeiter fort, die bereits krankenversichert sind. Der § 494 wurde dann mit einem Zusatz (Zentrumsantrag) angenommen, der dies sinngemäß zum Ausdruck bringt. Früher schon war in der Kommission der § 412, der die — auch von uns — abgelehnte Häufelung der Beiträge und damit eine Berringerung der Arbeiterrechte in der Verwaltung vorsch, mit den Stimmen des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Christlichsozialen, der Polen und der Sozialdemokraten abgelehnt und die Drittelung (ein Drittel die Arbeitgeber, zwei Drittel die Versicherten) wiederhergestellt worden. Beim § 515a wurde auf Antrag der Volkspartei eingeschaltet, daß da, wo für einen Bezirk oder ein Gewerbe beim Inkrafttreten des Gesetzes die Versicherung der Hausgewerbetreibenden bereits statutarisch geregelt ist, diese Regelung mit Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde in Kraft bleiben kann. Wir müssen es uns verlagern, noch auf die Abschnitte 9 und 10, die die Knappschaftlichen Krankenkassen und die sogenannten Ersparnisse behandeln, einzugehen. Überall gab es lebhafteste Auseinandersetzungen, schließlich aber eine Einigung. Der 11. Abschnitt, der in den §§ 549—559 die Schluß- und Strafbestimmungen enthält, wurde unbedändert angenommen. Die Kommission vertagte sich hierauf bis zum 20. September. Dann wird Buch 3 der RVO., die Unfallversicherung, in erster Lesung zur Beratung kommen. Man hegt die Hoffnung, bis zum Wiederbeginn der Reichstagsitzungen im November nicht nur mit der ersten, sondern auch mit der zweiten Lesung des gesamten Gesetzentwurfes fertigzuwerden.

Sach- und Fortbildungsschulen für das weibliche Geschlecht in Preußen mit staatlicher Unterstützung. Während nach der Nachweisung vom Jahre 1906 insgesamt 108 derartige Schulen vorhanden waren, hat sich ihre Zahl nach dem Stande von 1909 auf 128 erhöht. Es sind das Handel- und Gewerbeschulen, kaufmännische Fortbildungsschulen, Haushaltungsschulen, Koch- und Nähschulen, Städtischen, Industrieschulen u. a. Am stärksten in diesen Schulen ist die Provinz Sachsen, am schwächsten Pommern vertreten. In Schlesien bestehen 26, in der Rheinprovinz 19, in Hessen-Roslan 14, in Westpreußen und Sachsen je 11, in Hannover, Posen und Brandenburg je 9, in Ostpreußen 8, in Westfalen 6, in Schwabing 4 und in Pommern 3. Was die Zahl der Schülerinnen anlangt, so hat die Schule des Vette-Vereins in Wilmersdorf 1058 Schülerinnen. Als nächstgrößte Schule kommt die kaufmännische Fortbildungsschule für Mädchen in Königsberg mit 351 in Betracht. Die kleinste Schule dürfte wohl die Epthennähschule in Ansbach in Sachsen mit 6 Schülerinnen sein.

Hauswirtschaftlicher Unterricht. Sowohl die Unterrichts-Kommission des Herrenhauses wie die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses haben sich eingehend mit der Frage des hauswirtschaftlichen Unterrichts befaßt. Man nimmt an, daß im nächsten Etat besondere staatliche Mittel zur Förderung dieses wichtigen Unterrichtszweiges, namentlich auch zur Förderung des hauswirtschaftlichen Unterrichts auf dem Lande ausgesetzt sein werden.

Das Verbot der Frauen-Nachtarbeit führt von 1911 ab auch Oesterreich ein. Vom kommenden Januar ab wird in allen Betrieben mit mehr als 10 beschäftigten Personen die Arbeit weiblicher Personen zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr morgens verboten sein. Die Nachtarbeit muß mindestens 11 Stunden betragen. Ausnahmen in bestimmten Fällen sind vorgesehen. Sie bedürfen jedoch der behördlichen Genehmigung und erstrecken sich auf mindestens 18 Jahre alte Arbeiterinnen.

„Der Alkoholismus, eine Gefahr für Deutschlands Weltstellung.“ Ueber dieses sehr zeitgemäße Thema hielt in der öffentlichen Hauptversammlung des „Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ am 17. Juni 1910 in der Aula der Kieler Universität der Karlsruher Vaurat Dr. Fuchs einen bedeutsamen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag: Deutschlands Weltstellung wird gekennzeichnet durch das Kaiserwort: „Deutschland in der Welt voran!“ Auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kunst und vor allem in seinem Wirtschaftsleben hat Deutschland sich eine hervorragende Stellung unter den Kulturvölkern geschaffen, dank der körperlichen, geistigen und sittlichen Tüchtigkeit seiner Bevölkerung; seine politische Machtstellung und Entfaltung nach außen hin ist nur eine natürliche Wirkung seiner inneren Kraft. Die Erhaltung und Befestigung des Erreichten wird indessen immer schwieriger, weil der in die Weltwirtschaft verflochtene deutsche Wirtschaftsorganismus empfindlicher geworden ist, und weil die industrielle Entwicklung anderer Länder uns Absatzgebiete streitig macht, wenn die Güte unserer Leistungen nicht fortwährend zunimmt. Die Reibungen mit anderen Völkern werden häufiger, und der Reiz Zurückbleibender kann dem Sieger im Wettbewerb gefährlich werden. Noch bedenklicher sind die Gefahren, welche die rasche Entwicklung im Innern geschaffen hat: sittliche Entartung und Erschlaffung mit ihren Folgeerscheinungen. Unter solchen Umständen muß der Alkoholismus für unsere Stellung unter den Völkern verhängnisvoll werden. Er untergräbt vor allem das wirtschaftliche Fundament der Weltstellung Deutschlands dadurch, daß er die Leistungsfähigkeit herabsetzt und den mächtigen Völkern einen großen Vorsprung auf dem Weltmarkt verschafft (Japaner), zumal diese die Alkoholausgaben ersparen und nutzbringend für die Hebung der Volksernährung, Behausung und Bildung anlegen (Nordamerikaner). Der Alkoholismus schädigt unsere Wehrkraft zu Lande und zu Wasser, welche Führer und Mannschaften von körperlicher Tüchtigkeit und nicht minder von moralischer Kraft ebenso notwendig braucht als technisch vollkommene Waffen und Schiffe (Erfahrungen in den Kolonien und im russisch-japanischen Krieg). Am bedenklichsten jedoch wirkt der Alkoholismus auf die Erziehung des Volkes zur Sittlichkeit, der Grundlage gesunder innerer Entwicklung, indem er der Jugend in dem für ihre sittliche Entfaltung gefährlichen Alter Verderben bringt, aber auch in allen anderen Lebensaltern die Selbsterziehung, deren ein Volk und eine Gesellschaft so notwendig bedarf, untergräbt.

Will sich das deutsche Volk seine hervorragende Stellung in der Welt erhalten, so muß es sich entschließen, wahrhaft mächtig zu werden, und die Erziehung muß gerade von diesem nationalen Gesichtspunkte aus eine Erziehung zur Einfachheit und Nüchternheit sein. Das Elternhaus, die Schule, Heer und Marine und alle, welche erzieherisch wirken können, haben eine ernste vaterländische Pflicht zu erfüllen.

Das kirchliche Stimmrecht verlieh die Synode der Unabhängigen Kirche von Neuchâtel in der Schweiz den Frauen mit 76 gegen 25 Stimmen.

Frauen im Gewerbegericht. Der Zürcher Rat und der belgische Senat nahmen Gesetze an, die den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu den Gewerbegerichten verleihen.

Wohnungsinspektion durch Frauen. Für die Landgemeinden des Kreises Worms hat nun die Anstellung einer zweiten Kreiswohnungsinspektorin stattgefunden, ein neuer Beweis von der Brauchbarkeit weiblicher Kräfte gerade auf diesem Gebiet. — In Offenbach soll dem städtischen Wohnungsinspektor gleichfalls eine Assistentin zugeteilt werden.

Von anderen Arbeitsgebieten der Frau. Der erste weibliche Universitätsprofessor wurde in Preußen Gräfin Dr. Maria von Linden, die sich als Zoologin bereits eines bedeutenden Rufes erfreut. — Frä. Dr. Anna Schulz übernahm die Leitung der Rechtskassette für Frauen in Frankfurt a. M.

und wird nun gewiß auch unsern dortigen Mitgliedern eine freundliche Beraterin werden. — In Königsberg i. Pr. sind zwei Frauen in die städtische Krankenhausdeputation gewählt worden; der Anhalter Landtag hat die Beteiligung der Frauen an der öffentlichen Armenpflege beschlossen; das Großherzogtum Baden änderte die Form der Zulassung der Frau zu den Kommissionen des Armen- und Erziehungswesens dahin ab, daß sie nicht nur geschehen kann, sondern geschehen muß; in Württemberg erhielten die Frauen sogar das aktive und passive Wahlrecht zu den Landwirtschaftskammern; alles Zeichen, daß mit dem Tüchtigerwerden der Frau auch ihre Einstellung in den Dienst der Allgemeinheit zunimmt.

Ueber das „Gemeindefeststellungsrecht und die Frau“ sprach Schriftsteller Franziskus Hänel-Bremen auf dem Rheinisch-Westfälischen Frauentage in Essen a. d. Ruhr am 8. Juli. Da der „Bund deutscher Frauenvereine“ auf der Hauptversammlung in Heidelberg entscheiden werde, ob er das Gemeindefeststellungsrecht in sein Programm aufzunehmen habe, so zeigte der Redner in seinem Vortrage die große Bedeutung dieses neuen für das deutsche Volk zu erkämpfenden Rechtes für die Frauenbewegung. Das Gemeindefeststellungsrecht ist die Übertragung der Entscheidung über die sogenannte Bedürfnisfrage, sowie über die Wirtschaftskonzessionen, auf die beteiligten Volkskreise einer Gemeinde oder eines Stadtbezirks. Die Erteilung von Wirtschaftskonzessionen ist dann nicht mehr von dem Gutdünken eines oft allzu konzeptionsfreundigen Ausschusses abhängig, sondern unterliegt der Abstimmung der Frauen und Männer jenes Bezirks oder jener Gemeinde. Wie in Dänemark private Abstimmungen seitens der alkoholgegnertischen und der Frauenvereine schließlich dazu geführt haben, diesen Gebrauch gesetzlich festzulegen durch ein besonderes Gemeindefeststellungsrechtsgesetz, so würde es auch in Deutschland zu erhalten sein, wenn die deutsche Frauenbewegung in dieser Frage mit der Nüchternheitsbewegung Hand in Hand gehen würde. Ueberall, wo das Gemeindefeststellungsrecht in Kraft getreten ist, hat es außerordentlich segensreich gewirkt und vor allem sich als ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Alkoholverhältnisse in einem Lande erwiesen. Der Redner verwies auf die Erfolge in den nordischen Ländern, Amerika, Neuseeland usw. und stellte nach dem bisher vorliegenden statistischen und wissenschaftlichen Material fest, daß durch das Gemeindefeststellungsrecht für ein Land nach folgender Richtung hin ein Kulturfortschritt sicher zu erzielen sei. 1. Das Gemeindefeststellungsrecht trägt mehr als alle Maßregeln der Juristen zur Verminderung der Kriminalität bei und hilft in hervorragendem Maße die Irrenhäuser und Gefängnisse entvölkern. 2. Unter dem Gemeindefeststellungsrecht erfahren die Gesundheitsverhältnisse der betreffenden Landesteile eine hervorragende Steigerung. 3. Das Gemeindefeststellungsrecht trägt zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes bei, wie es einmal in den höheren Ergebnissen der Steuereinkommen, in den Guthaben der Sparkassen, in den Verminderungen der Pfandbelastungen in den Verhöfen und in der Kaufkraft weiter Bevölkerungskreise, in der geringeren Hypothekenbelastung der Häuser, im Verrücken der Armenhäuser und in manchen anderen Erscheinungen zum Ausdruck gelangt. 4. Durch das Gemeindefeststellungsrecht wird der Frauenerwerb eine größere und gerechtere Würdigung zuteil, wie es in gleicher Entlohnung für gleiche Arbeit und in der Heranziehung der Frauen zu den Gemeindeämtern zum Ausdruck kommt. 5. Das Gemeindefeststellungsrecht fördert in auffälliger Weise die Sittlichkeit, wie die Herabminderung der Prostitution, der venereischen Krankheiten und vor allem der freie, ungezwungene Verkehr der Geschlechter es beweist. 7. Durch das Gemeindefeststellungsrecht wird das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen in ganz besonderem Maße verfeinert und jeder einzelne Bürger weit mehr sich der Pflichten bewußt, die das Wohl der Allgemeinheit ihm auferlegt. Herr Hänel schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß es sich bei dem Gemeindefeststellungsrecht um ein zweifaches handle, um eine wirksame Mithilfe des Staates und Volkes bei der Bekämpfung des Alkoholismus und um eine besondere Förderung des Mitbestimmungsrechtes der Frauen in kommunalen Dingen. Das Gemeindefeststellungsrecht werde ganz gewiß, um ein Wort Schmolers zur Anwendung zu bringen, Deutschland wie bisher auf der Bahn des Fortschritts erhalten helfen.

Aus unserer Bewegung.

Hauptvortrag. In der Sitzung am 29. Juni 1910 beschäftigte sich der Hauptvorstand mit der Frage der Zukunft der Heimarbeit. Ueberall, bei den Konfektionären, den Zwischenhändlern, den selbständigen kleinen Schneidern und vor allem bei den Sozialdemokraten werden Stimmen laut, die für Ab-

schaffung der Heimarbeit sind. Der einzige Weg, die weibliche Heimarbeit wirklich erhaltenswert zu machen, ist, die sachlichen Leistungen der Heimarbeiterinnen zu heben; daher ist es die brennendste Aufgabe unserer Organisation, den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich zu wirklich guten Arbeiterinnen auszubilden. In Berlin wird zu diesem Zweck am 1. Oktober eine Betriebswerkstätte des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen eingerichtet, die, wenn sie sich gut bewährt, hoffentlich in vielen Gruppen Nachahmung finden wird. Sehr erwünscht wäre es, um der gewerkschaftlichen Ausbildung der Mitglieder willen, wenn Gruppen ein ordentliches oder außerordentliches Mitglied zu den Ausbildungskursen nach M. Glabbach oder Bielefeld schicken könnten. Es ist damit freilich keinerlei Aussicht auf Anstellung verbunden. Der Hauptvorstand lehnte es als ungewerkschaftlich und friedensstörend ab, zur päpstlichen Enzyklika Stellung zu nehmen. Mit Freude wird begrüßt, daß der Friede im Bauergewerbe geschlossen ist, und die christlichen Gewerkschaften die Verluste an Mitgliedern in den Krisenjahren wieder eingeholt haben. Die Verluste, die unsre eigene Organisation während der letzten Monate infolge der erhöhten Beiträge erlitten hat, müssen bis zum Oktober, dem Zeitpunkt ihres zehnjährigen Bestehens, durch eifriges Werben aller Mitglieder ausgeglichen sein. Auf die Plakate, als besonders wirkungsvolles Werbemittel, wird noch einmal aufmerksam gemacht; die kleinen kosten 30 Pf., die größeren 50 Pf. das Stück und sind auf der Hauptgeschäftsstelle erhältlich.

Altersheim für Heimarbeiterinnen.

Für das geplante Altersheim gingen bis jetzt folgende Beiträge ein:

Berlin-West	10,—
Berlin-Süd	13,25
Vertrauensfrauen-Ausflug von Groß-Berlin	8,80
Hauptvorstandsfeier (Strafgelder für fehlendes Vereinsabzeichen)	1,80
Fr. Keesse-Berlin-Süd	1,—
Fest zum Besten des Altersheims, veranstaltet von Gruppe Berlin-Süd	90,75
Insgesamt	125,60

Berlin-Süd. Der 28. Juni vereinigte die Heimarbeiterinnen der Südgruppe im Stadtmissionsaal zu einer schönen Feier, der sich einige Mitglieder der Gruppe Nixdorf angeschlossen hatte. Gaht es doch diesmal so ganz etwas anderes, als sich nur zu amüsieren. Trotzdem bin ich überzeugt, daß ein jedes Mitglied dabei auf seine Rechnung gekommen ist. — Heißt, ihr andern Gruppen, es wird euch nicht gereuen! Ein solcher Tag wird allen in freundlicher Erinnerung bleiben. Vielleicht zündet unser Mut, und auch andere Kreise interessieren sich für unser Ziel. Viele Wenig machen ein Viel. Der Ertrag dieses besonderen Festes soll nämlich zur Gründung des Altersheims für Heimarbeiterinnen beitragen helfen. Wie das klingt! Die Heimarbeiterinnen, die nur dazu geboren sind, von früh bis spät zu arbeiten, um des Lebens allerhöchsten Notdurft zu bestreiten! Die Heimarbeiterinnen, die nicht einmal alle imstande sind, einmal im Monat in unsere Versammlungen zu kommen, diese regen sich, veranstalten ein Fest an einem Werktag, um aus dem Erlös für ihr Alter ein Heim schaffen zu helfen, wo sie ausruhen dürfen bis an ihres Lebens Ende! Unsere erste Vorsitzende, Fr. Wolff, erinnerte in ihrer Ansprache an die Ernst-Böhmere-Stiftung in Duxow. Wie klein und mit wie wenigen Mitteln hat sie ihr Werk begonnen, und wie segensreich wirkt sie heute! Wer dort einmal vier Wochen ausruhen durfte als Refonvalezent, oder nach langer angestrengter Arbeit, um neue Kräfte zu sammeln, sich zu stärken an Geist und Körper, der weiß es zu schätzen, was solch eine Schöpfung bedeutet! Nun soll nicht für Wochen, sondern für den Lebensabend eines Menschenkindes ein Heim entstehen! Fr. Wolff wies wohl darauf hin, daß das nicht von heute auf morgen möglich ist, ja das vielleicht Jahre vergehen können, ehe ein Kapital zusammengebracht ist, welches zum Anfangen genügt. Aber der erste Anfang ist gemacht, das können wir uns sagen. Fr. Deuster sang uns das herrliche Lied von Löwe „Die Uhr“. Gehen auch wir zu dem Meister, der unsere Lebensuhr gefügt hat, und der dieselbe sehen läßt, ohne daß wir etwas daran verdorben haben. Er wird uns Wege weisen, wo wir Steine und Mörtel finden zum Bau unseres Hauses für die organisierten Heimarbeiterinnen. Die Feier begann mit Kaffeeladen im Garten. Leider war das Wetter nicht sehr günstig, deshalb ging's bald in den Saal. Gesang, ein anmutiger Weigen, getanzt von großen und kleinen Kindern unserer Mitglieder, Rezitationen von Fr. Damm folgten. Ein Fadelzug der Kleinsten mit Stocklaternen unter Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ schloß sich an. Eine hübsche Aufführung „Groß-Reine-

machen“, in der Frau Thiel, Frau und Fräulein Dumke mitwirkten, folgte. Dann das wohlgelungene Puppenstückchen: „Max und Moritz“, vorgetragen von Fr. Döring und Linke, allen vom Jugendabend her noch in froher Erinnerung. Eine Farben-Lotterie, zu der sich außerordentliche wie ordentliche Mitglieder in den Dienst der guten Sache gestellt hatten, beschloß die Feier. Wenn diese Zeilen in der Zeitung stehen, wird auch der Ertrag bekanntgegeben sein. Ob wenig oder viel, Gott segne es!

Berlin-West. In unserer letzten Gruppenversammlung hatten wir die Freude, unser liebes Fräulein Behm wieder einmal unter uns zu sehen. Ihr Kommen war für uns um so wichtiger, als ein Thema von großer Bedeutung auf der Tagesordnung stand: „Die Zukunft der Heimarbeit“. Nicht ganz ohne Sorge kann die Heimarbeiterin in die Zukunft blicken. In den verschiedensten Lagern mehren sich die Stimmen, die eine Verlegung der Heimarbeit in Betriebsstätten fordern. Will die Heimarbeiterin dem entgegenwirken, will sie sich die Möglichkeit nicht entziehen lassen, im eigenen Hause, inmitten ihrer Kinder, in der Nähe ihrer Kranken, Alten und Schwachen ihre Arbeitsstätte zu haben, so strebe sie beiseiten danach, ihre jetzt nicht selten geringwertige Arbeit in gesuchte, gutgelohnte Qualitätsarbeit zu verwandeln. Sobald ihr dies gelingt, steht die Entscheidung, ob Heimarbeit oder Werkstättenarbeit, bei ihr. Sie kann dann dem Unternehmer ihre Bedingungen stellen, während sie gegenwärtig infolge ihrer geringen Leistungen vom Fabrikanten nur zu häufig völlig abhängig ist. Dies der Kern von Fräulein Behms Ausführungen, die durch Mitteilungen unserer Mitglieder in wesentlichen Punkten gestützt wurden. Möchten nur alle daran mitarbeiten, daß das als richtig Erkannte auch in die Tat umgesetzt werde! Und ebenso wurde zur Tat gemahnt, was die Propaganda für unsern Verein anbetrifft. Um einen guten Anfang zu machen mit erneuter Verarbeitung, tauschten 10 Mitglieder der nur kleinen Versammlung unser neues Plakat, das jedem, der es sieht, eine ernste Mahnung ins Herz ruft.

Breslau. „Ueber die Arbeitsehre ließe sich viel sagen“, hatten unsere Vorstandsmitglieder nachdenklich bemerkt, als sie das Juniblatt erhielten. In der Juli-Versammlung der Nordgruppe entwickelte sich, durch eins von ihnen eingeleitet, ein höchst angeregter Meinungsaustausch über dieses Thema. „Das ist ganz meine Meinung, die in diesem Artikel vertreten wird; ich nehme die billige Arbeit nicht, durch gewöhnliche Arbeit fühle ich mich herabgesetzt“, bemerkte eine. — „Man kann bei uns nicht immer gute Arbeit verlangen. Wir müssen mitunter auch die billigste Arbeit annehmen, wenn das Geschäft sie braucht“, rief eine zweite. — „Schlecht gemachte Arbeit beim Liefern einzuschmuggeln, das ginge mir gegen die Ehre. Ich halte es aber nicht für eine Schande, mal geringere Arbeit als sonst anzunehmen, wenn ich andre nicht bekommen kann und Brot für die Kinder brauche“, tönt es aus anderm Munde. — „Das ist auch sicher nicht Fr. Döhrenfurths Meinung!“ rief da ein Vorstandsmitglied. „Es klingt ja aus Ihren Worten heraus, daß Sie Arbeitsehre kennen! Wer könnte es eine Schande nennen, wenn eine Arbeiterin in der Not billige Arbeit nimmt? Jedoch fühlen wir uns durch schlechtgelohnte Arbeit herabgedrückt, weil wir sie nicht zur eigenen Zufriedenheit machen können und das unser Ehrgefühl verletzt. Sich ohne Widerspruch Lohnherabsetzungen fügen, weil man nicht auf den Nebenverdienst allein angewiesen ist, oder hinterläßt die Kollegin unterbieten, das, sage ich, geht gegen die Ehre einer Arbeiterin.“ Ja, das ginge uns gegen unsere Ehre, nickten alle Köpfe im Kreise. — „Wenn aber der Arbeitgeber die Not der Wehrlosen ausnützt, wenn er der Arbeiterin, die um jeden Preis arbeiten muß, weil sie den Verdienst unentbehrlich braucht, die schlechtest gelohnte Arbeit gibt, die andere zurückweisen? Oder wenn der Heimarbeiterin Abzüge für vorübergehende Benutzung der Arbeitsgeräte im Betrieb gemacht werden, während sie ihre eigene Maschine ohne Entschädigung für den Arbeitgeber abnutzt? Ja, sollte es nicht auch eine Ehre des Arbeitgebers geben?“ So sang man an „über Arbeitsehre“ zu sprechen. Da fiel ohne Schärfe mancher Satz, der unsern Ehrenmitgliedern zu denken gegeben hätte. — Es war spät am Abend, als Fr. Limpricht für ihren zeitgemäßen Vortrag über die Königin Luise das Wort erhielt. Unser Schulmeisterlein entwarf mit großer Wärme ein Bild von der anziehenden vorbildlichen Frau und fesselte uns besonders dadurch, daß sie alle Endergebnisse wach werden ließ, die das Leben der Königin mit Breslau und Schlesien verknüpfen.

Zwei Tage später weihte die Südgruppe ihr neues Versammlungslokal Hermannstr. 21/22 ein. In so großer Zahl hatten sich die Mitglieder lange nicht eingefunden! „Wie behaglich ist es hier! wie bequem ist der Saal zu erreichen!

Jetzt werden wir immer kommen!" riefen sie in freudig angeregter Stimmung. Es gab eine lebhaftere Auseinandersetzung über unsere Schürzen-Lieferung; kleine Berichte der Vorstandsmitglieder über „Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften 1909“ und über „Käufermoral“, danach einen kurzen Vortrag von Frau Amtsgerichtsrat F r e n d über die Zunahme der Frauenarbeit und die zur besseren Ausbildung der Frau im Handwerk einsetzenden Bestrebungen. — Seitdem waren wir nochmals mit Kindern und Anverwandten zahlreich vereinigt. Man berichtet nicht über Ausflüge, auch dann nicht, wenn man den einzigen regenlosen Tag erwischt hat und es „so schön war, wie noch nie“. Hat aber ein ordentliches Mitglied in schlesischer Gewohnheit ein seitenlanges Couplet gedichtet und vorgetragen, mit gewerkschaftlichen und ungewerkschaftlichen Anspielungen in jeder Zeile, hat sie damit einen Sturm von Vergnügen und jubelndes Lachen erregt, wie das unserer Frau Raschke gelungen, dann kann mit einem Dank für solch reichen Beitrag zur allgemeinen Freude nicht zurückgehalten werden.

Dresden. In der Juniversammlung der Gruppe Dresden-Neustadt hatten die hiesigen Gruppen nach längerer Pause wieder einmal Gelegenheit, einen Vortrag gewerkschaftlichen Inhalts zu hören. Fräulein Elfriede Söchtig, die Vorsitzende der Gruppe Wedding in Berlin, war auf die Bitte der Dresdner Gruppen hin hierhergekommen. Sie hielt über das Thema: „Hat die Organisation einen Wert für die Heimarbeitertinnen, und welchen?“ einen sehr anregenden Vortrag, der besonders in Hinsicht der neu eingetretenen Mitglieder sehr zu begrüßen war. Wir haben leider, besonders in der Gruppe Dresden-Neustadt durch öfteren Wechsel im Vorsitz keine besonders günstige Zeit gehabt, und tut es dringend not, den gewerkschaftlichen Sinn der Mitglieder zu festigen. Immerhin scheint es jetzt wieder besser vorwärts gehen zu wollen. Dank eines Vortrages, den unsere verdiente langjährige Beisitzende, Frl. B o c k v o n W ä l f i n g e n, im Dresdner Frauenklub über Heimarbeitersustände und unsere Organisation hielt, sind eine Anzahl arbeitswilliger außerordentlicher Mitglieder eingetreten, und es steht zu hoffen, daß es mit deren Hilfe gelingen wird, zunächst den Arbeitsnachweis, für den keine verfügbaren Kräfte unter den alten außerordentlichen Mitgliedern vorhanden waren, zu fördern und überhaupt mit etwas mehr Schwung zu arbeiten. Freilich müssen auch die ordentlichen Mitglieder durch eifriges, treues Werben das Ihrige beitragen zum Wachstum der hiesigen Gruppen. — Für den Herbst sind allerlei den Gewerbeverein fördernde Unternehmungen geplant, die sich in den Ferienmonaten nicht gut durchführen ließen, so ein Teeabend mit gewerkschaftlichem Vortrag für die außerordentlichen Mitglieder. Frl. W a d w i s, Vorsitzende der Altstädter Gruppe, regte an, unsere Gruppen sollten sich nach dem Muster der Gruppe Königsberg ein eigenes Erholungsheim gründen. Die Idee fand großen Anklang und es soll erstrebt werden, dieses Ziel bis zum nächsten Sommer zu erreichen. Ein Kursus für feineres Weibnähen ist gleichfalls für die nächste Zeit geplant. Guten Fortgang nimmt fortgesetzt die Ausbesserungsvermittlung, die anscheinend einem Bedürfnis am Ort entgegengekommen ist. Jedenfalls herrscht in unseren Gruppen, trotz mancher Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, ein reges Leben, und beide streben Hand in Hand mit redlichem Bemühen vorwärts.

Frankfurt a. M. Unsere Gruppe zeigt ein erfreuliches Wachstum, haben wir doch jetzt das zweite Hundert der Mitglieder überschritten. Auch sind in letzter Zeit nur wenige Austritte zu verzeichnen, was wir besonders der treuen Arbeit unserer Vertrauensfrauen verdanken. Von ihrem Eifer hängt der Erfolg der Gruppenarbeit wesentlich ab, und es ist von der größten Wichtigkeit, daß sie immer fester mit dem Gewerbeverein ver wachsen. Nichts ist schöner, als wenn die Vertrauensfrau nicht von „dem Verein“ spricht, sondern stolz und freudig sagt „mein Verein“ und dessen Ehre zu ihrer Ehre macht. — Die Arbeitsvermittlung an Private wird trotz der stillen Zeit mehr und mehr in Anspruch genommen; auch dies ist vor allem abhängig von der Tüchtigkeit der Mitglieder. Man erlebt es oft, daß die zufriedenstellende Arbeit eines Mitgliedes erneute Anfragen nach sich zieht, während dessen Unpünktlichkeit — um diese drehen sich meist die Klagen — zu wenig erfreulichen Reflektionen Anlaß gibt. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Mitglieder sich immer klar darüber sind, daß durch ihre Leistungen in gutem oder schlechtem Sinne nicht nur das Urteil der Arbeitgeber über sie selbst, sondern auch das über den Gewerbeverein beeinflusst wird. — Um weniger geübten Mitgliedern Arbeit zu schaffen, haben wir einen größeren Posten Säckelarbeit übernommen, bei verhältnismäßig guter Bezahlung (das Stück 6 Pf. bei freier Garn).

Griesheim a. M. Am 17. Juni fand nach fleißiger Hausagitation eine sehr gut besuchte Versammlung der Heim-

arbeiterinnen statt, in der Frl. G a e b e l über die Ziele der Heimarbeitertinnenorganisation, und Frau G a e b l e r, die erste Vorsitzende der Frankfurter Ortsgruppe, über die praktischen Vorteile des Gewerbevereins sprach. Es zeigten sich eine größere Anzahl von Frauen bereit, dem Gewerbeverein beizutreten, so daß es zur Gründung einer neuen Ortsgruppe kommen konnte. Am folgenden Freitag fand die erste Gruppenversammlung und Vorstandswahl statt. Die Gewählten zeigen ein sehr erfreuliches Verständnis und lebhaftes Interesse für die Organisationsarbeit. Hoffen wir, daß diese jüngste Gruppe des Gewerbevereins stets von Einmütigkeit, Standhaftigkeit und Begeisterung für die gute Sache erfüllt ist und durch zielbewußte Arbeit immer neue Draußenstehende gewinnt!

Halle a. S. Ob die andern Gruppen in den Monatsversammlungen auch so viel zu tun haben wie wir? Zehn bis zwölf Punkte der Tagesordnung sind es jedesmal; wenn wir noch ab und zu einen anregenden, lehrreichen Vortrag haben, reichen die paar Stunden lange nicht hin und die Diskussion muß zu kurz kommen. Unsere große Wäschelieferung für ein neues Krankenhaus in Scheuditz ist fertiggestellt und abgefaßt. Das hiesige Krankenhaus „Bergmannstrost“, für welches wir im Frühjahr lieferten, hat sich, wie wir hören, sehr zufrieden mit unseren Leistungen geäußert; Verhandlungen über den Abschluß neuer Wäschelieferungen sind im Gange. Garn und Knöpfe beziehen wir jetzt en gros, um sie zum Einkaufspreis an die Mitglieder weiterzugeben, und für Kohlen haben wir wieder fünf Pfennige pro Zentner Ermäßigung erreicht. Unsere Bekrurke entwickeln sich zu einer ständigen und sehr beliebten Einrichtung. Die in der Versammlung ausgestellten Arbeiten des Schneiderkursus bewiesen, wie Tüchtiges dort gelernt worden ist. Der Magistrat hat uns wieder, wie im Vorjahr, eine Beihilfe von 200 M zu den Lehrkursen gewährt. Im August soll ein Schneiderkursus und ein Wäschekursus anfangen; ein Zuschneidekursus für Wäsche ist auch geplant, denn an tüchtigen Weibnäherinnen für feine Wäsche und an Schneiderinnen ist hier immer noch Mangel. — In der Nordgruppe berichtete Herr Pastor W a g n e r sehr lebendig von dem Weltkongreß der Jungfrauenvereine in Berlin, und Frl. S c h r e d e r im Anschluß daran von dem Abend des Kongresses, an dem von allen Rednern am besten unser Hauptvorstandsmitglied, Frau H o c h s p r u n g, sprach; daraus können wir Heimarbeitertinnen stolz sein. — In der Südgruppe hielten drei ordentliche Vorstandsmitglieder Frau K l e i n e, Frl. P o h l e n und Frl. S c h ö l z e l einen sehr klaren, interessanten Vortrag über das „Hausarbeitgebet“. — Frl. S c h r e d e r hat mit dem 1. Juli die Arbeit als Sekretärin wieder übernommen, da Frl. S c h m i d t, die im April für sie eintrat und sich in der kurzen Zeit viel Liebe erworben hat, demnächst heiratet.

Hamburg. Die zweite Vorsitzende, Frau E b e r s, leitete die Versammlung, die 37 Mitglieder zählte. Sie hieß die neue Sekretärin, Fräulein v o n T a y s e n, herzlich in unserm Kreise willkommen und sprach die Hoffnung aus, daß sie sich in der Hamburger Arbeit glücklich fühlen möge. — Die Freude des Abends war die Mitteilung, welche Fräulein B o n f o r t, die Vorsitzende der Hamburger Gruppe des Allgemeinen Deutschen uns machte von der aller Wahrscheinlichkeit nach nahen Erfüllung eines Lieblingswunsches: Vielleicht wird es noch in diesem Sommer möglich sein, einige unserer Mitglieder in einem eigenen Erholungsheim unterzubringen! Der freundliche Spender möchte eine Gewähr dafür haben, daß genügend organisierte Heimarbeitertinnen, die 1 M pro Tag zu zahlen haben, sich als Gäste melden. Es wurde darauf hingewiesen, daß ja auch auswärtige Gruppen das Heim mit ihren Mitgliedern bescheiden könnten. Fürs erste heißt es aber: noch abwarten, und wir kommen uns einstimmen vor wie Kinder, die hinter der verschlossenen Weihnachtsstube stehen. — Fräulein Doktor v o n B l u m e n f e l d s Vortrag über Säuglingspflege hatte zum Leitmotiv, daß schwache Säuglinge bei rationeller Behandlung kräftige Menschen werden können, und daß eine Mutter sich der Pflicht des Selbststillens nicht entzieht, wenn sie ihrem Kind Gutes erweisen will.

Leipzig. Das Sommerfest, welches die Gewerkschaft am 2. Juli in „Schloß Debrahof“ veranstaltete, erfreute sich reger Teilnahme seitens der Mitglieder und zahlreicher Gäste. Zwar hatte Petrus schlechte Laune und erschreckte die Teilnehmer ab und zu durch Regengüsse, aber das schabete der guten Stimmung durchaus nicht. An diesem Tage waren Sorgen und des Alltags trauriges Ginerlei verbannt; auf allen Meinen war Sonnenschein, und die Berechtigung hierzu war aus dem Grunde ganz besonders vorhanden, da die Mitglieder aus eigenen Mitteln sich diesen frohen Tag bereitet hatten. Nachdem man unter Sang und Klang durchs Rosental marschiert war, sich an Kaffee und Kuchen gelabt, sich an der Ziehharmonika lustigen Wesen

erfreut hatte, zeigten einige geweckte Kinder unserer Mitglieder, daß auch sie durch allerlei Verschen und kleine Szenen dazu befähigt waren, zur Kurzweil der Anwesenden mit beizutragen. Schließlich beteiligte sich jung und alt an Singen und Tanzen und fröhlichen Spielen, bis durch das abendliche Dunkel die bunten Papierlaternen der Kleinen den Heimweg beleuchteten. — Am Versammlungabend, am 4. Juli, hatten ordentliche und außerordentliche Mitglieder ihr Interesse für den Verein wiederum durch sehr zahlreiches Erscheinen bewiesen. Frau Reihlen in ihrer Eigenschaft als erste Schriftführerin verlas das Protokoll und Fräulein Elise Kraß, die erste Vorsitzende, begrüßte die Anwesenden und widmete den ersten Teil des Abends gewerkschaftlichen Interessen. Nach der Teepause hielt Fräulein Grete Filling, die bei der Leipziger Gruppe seit dem 1. Juli als Sekretärin tätig ist, ihren ersten Vortrag als solche und zwar über „Aberglaube“. Fräulein Filling sprach über Entstehung, Entwicklung und die verschiedenen Arten desselben bei anderen Völkern, besonders aber bei den alten Germanen, bis zur Jetztzeit. Sonnabend, den 16. Juli, hat sich Fräulein Therese Laug lebenswürdigweise wiederum bereit erklärt, mit den Mitgliedern einen Ausflug zu unternehmen, ein Vorschlag, der von allen Seiten freudig begrüßt wurde.

Stuttgart. Am Mittwoch, den 6. Juli, fand im „Jägerhaus“ in Kannstatt unser Sommerfest statt, zu welchem sich trotz der äußerst ungünstigen Witterung eine stattliche Anzahl von Mitgliedern aus Stuttgart, Boßnang und Kannstatt eingefunden hatte. Bald herrschte in dem schönen, geräumigen Saal, in welchem die Kaffeetische gar einladend gedeckt waren, fröhliches Leben. Zitherspiel wechselte mit gemeinsamem Gesang unserer schönen schwäbischen Volkslieder ab. Den Glanzpunkt der Feier bildete der Vortrag dreier Lieder durch unsern neugegründeten Singchor, der unter der trefflichen Leitung seiner unermüdblichen Dirigentin eine für die kurze Zeit seines Bestehens und die noch kleine Mitgliederzahl wirklich bewundernswürdige Leistung bot. Verbandssekretär Krug überbrachte die Grüße des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften und ermahnte die Mitglieder zu treuer Arbeit, eifriger Werbetätigkeit und größerem Interesse für den Verein, dessen stetiges Wachstum wohl der beste Beweis für die Nützlichkeit seiner Bestrebungen sei. Der Wunsch, daß auch die Gruppe Stuttgart mit den beiden Töchtergruppen Boßnang und Kannstatt immer mehr wachsen und gedeihen möge, fand in allen Herzen freudigen Wiederhall. Viel zu rasch flogen die Stunden dahin, und wie um dem schönen Tag noch einen recht guten Abschluß zu geben, durchbrach die Sonne die dichten Nebelschleier und vergoldete mit ihrem lichten Schein uns den Heimweg.

Allen zur Nachricht!

Anfang September wird die Hauptgeschäftsstelle von der Derfflingerstraße nach

W 30, Rollendorffstraße 13—14

verlegt.

Die Geschäftsstunden sind in Zukunft werktäglich von 9—6 Uhr; am Sonnabend nur bis 2 Uhr nachmittags.

Der Hauptvorstand.

Versammlungsanzeiger.

- Köpen.** 8. Aug., 12. Sept., 8 1/2 Uhr, Peterstr. 45.
- Berlin-Moabit.** 1. Aug., 5. Sept., 1/28 Uhr, Wilsonader Straße 63.
- Berlin-Nord.** 8. Aug., 12. Sept., 1/28 Uhr, Bernauer Str. 4.
- Berlin-Nordost.** 2. Aug., 6. Sept., 1/28 Uhr, Schönhauser Allee 177, Quergeb. II.
- Berlin-Ost.** 1. Aug., 5. Sept., 1/28 Uhr, Gr. Frankfurter Str. 11, Hof I.
- Berlin-Süd.** 2. Aug., 6. Sept., 1/28 Uhr, Johannistisch 6, gr. Saal.
- Berlin-Südost.** 16. Aug., 20. Sept., 8 Uhr, Baufiger Straße 9, Stf. r. I.
- Berlin-Wedding.** 15. Aug., 19. Sept., 8 Uhr, Alte Nazareth-Kirche, Schulstraße.
- Berlin-West.** 8. Aug., 12. Sept., 8 Uhr, Rollendorffstr. 41, 6. pt.

- Vielefeld.** 7. Aug., 4. Sept., 5 Uhr, im alten Rathausaal am alten Markt.
- Breslau-Nord.** 1. Aug., 5. Sept., 1/28 Uhr, Basteigasse 7.
- Breslau-Süd.** 3. Aug., 7. Sept., 1/28 Uhr, Holteistr. 6—8.
- Bromberg.** 8. Aug., 12. Sept., Neue Volkstüche am Hamm-don-Benhern-Platz.
- Danzig.** 8. Aug., 12. Sept., 8 1/2 Uhr, Fejpr. Gewerbehalle.
- Darmstadt.** 5. Aug., 2. Sept., 8 Uhr, Stifftstr. 47.
- Dirschau.** 12. Aug., 9. Sept., 8 Uhr, Vereinshaus, Samborstr.
- Dresden-Alstadt.** 16. Aug., 20. Sept., 1/28 Uhr, Am See 3, pt.
- Dresden-Neustadt.** 2. Aug., 6. Sept., 1/28 Uhr, Glacisstr. 3.
- Düsseldorf.** 3. Aug., 7. Sept., 8 Uhr, Paulushaus, Eingang Zahnstraße 11.
- Elbing.** 1. Aug., 5. Sept., 8 Uhr, Erholungsheim.
- Erfurt.** 1. Aug., 5. Sept., 8 Uhr, Allerheiligenstr. 2, Vereinshaus.
- Essen.** 25. Aug., 29. Sept., 8 Uhr, Alfredushaus.
- Frankfurt a. M.** 3. Aug., 7. Sept., 8 Uhr, Bleichstr. 40.
- Griesheim.** 19. Aug., 16. Sept., 8 1/2 Uhr, Kleinkinderschule, Schulstraße.
- Friedrichshagen.** 16. Aug., 20. Sept., 8 Uhr, Dialonissenhaus.
- H. Gladbach.** 4. Aug., 1. Sept., 8 Uhr, Dahlener Straße, Gesellenhaus.
- Halle-Nord.** 3. Aug., 7. Sept., 1/28 Uhr, Albrechtstr. 27.
- Halle-Süd.** 8. Aug., 12. Sept., 1/28 Uhr, Mauersstr. 7, Herberge zur Heimat.
- Hamburg-Gamtdt.** 8. Aug., 12. Sept., 8 Uhr, WDC-Str. 57, I.
- Hamburg-Hammerbrook.** 1. Aug., 5. Sept., 8 Uhr, Hammerbrookstraße 66, I.
- Hamburg-Winterhude.** 9. Aug., 13. Sept., 8 Uhr, Elfenheim, Bogmoortweg 31.
- Hannover.** 1. Aug., 5. Sept., 8 Uhr, Burgstr. 30, Arbeiterverein.
- Kassel.** 11. Aug., 8. Sept., 8 Uhr, Altes Rathaus, Obere Kartstraße 12.
- ASin.** 8. Aug., 12. Sept., 8 Uhr, Marzellenstr. 13, Aula.
- Rönnigsberg i. Pr.** 15. Aug., 19. Sept., 8 Uhr, Vorder-Rohgarten 49.
- Reipzig.** 1. Aug., 5. Sept., 1/28 Uhr, Kofstr., Vereinshaus.
- Wagdenburg.** 11. Aug., 8. Sept., 8 Uhr, Richards Festfale, Apfelstr.
- Wünchen.** 21. Aug., 18. Sept., 1/4 Uhr, Kofokofoaal des Saderbräu, Sendlinger Straße 73, I.
- Weiße.** 4. Aug., 1. Sept., 8 Uhr, Rath. Vereinshaus.
- Neuenhagen.** 8. Aug., 12. Sept., 7 Uhr, bei Reimann, Schweizerhaus.
- Neuß.** 11. Aug., 8. Sept., 8 Uhr, Sammtorwallstr. 27, Gesellenhaus.
- Nordhausen.** 3. Aug., 7. Sept., 8 1/2 Uhr, Niesenhaus am Lutherplatz.
- Pantow.** 3. Aug., 7. Sept., 8 Uhr, Kaiser-Friedrich-Str., Gewerkschaftshaus.
- Pofen.** 15. Aug., 19. Sept., 1/28 Uhr, Vereinshaus vor dem Berliner Tor.
- Rheydt.** 3. Aug., 7. Sept., 8 Uhr, Obenkirchener Straße bei Paffen.
- Rixdorf.** 22. Aug., 26. Sept., 1/28 Uhr, Bergstraße 147, Bürgerfale.
- Rummelsburg.** 15. Aug., 19. Sept., 8 Uhr, Kantstraße 19 bei Schüller.
- Stettin.** 1. Aug., 5. Sept., 8 Uhr, Elisabethstr. 53.
- Stolz.** 8. Aug., 12. Sept., 8 Uhr, Aula der Höh. Töchterfchule.
- Stuttgart.** 3. Aug., 7. Sept., 1/28 Uhr, Hohe Str. 11.
- Zwiftringen.** 7. Aug., 4. Sept., 4 Uhr, Gesellenhaus.
- Weißenfee.** 8. Aug., 12. Sept., 8 Uhr, Gemeindehaus am Mirbachplatz.
- Wiesbaden.** 8. August: Ausflug, zu dem Einladungen erfolgen, 5. Sept. 8 Uhr, Dranienstr. 53.
- Wilmersdorf.** 2. Aug., 6. Sept., 8 Uhr, Achenbachstraße 18—19, Gemeindehaus.

In Gruppe Dresden-Alstadt hat der Gewerbeverein den Heimgang eines lieben Mitgliedes zu betauern:

Am 18. März 1910 starb an einem Herzleiden

Witwe Emma Bergmann,
geb. Lange,

geboren am 8. Mai 1864 in Sagan, Schlefien.